

Unkorrigierter Vorabdruck**Gesetzentwurf**

Hannover, den 16.04.2026

Fraktion der SPD
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Landtag wolle das folgende Gesetz beschließen:

**Niedersächsisches Gesetz
über die Anpassung der Besoldung und der Versorgungsbezüge
im Jahr 2026**

Artikel 1

Niedersächsisches Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2026 (NBVAnpG 2026)

§ 1

Geltungsbereich

Dieses Gesetz regelt die Erhöhung der Besoldung und der Versorgungsbezüge der Beamtinnen und Beamten des Landes, der Kommunen des Landes sowie der sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sowie der Richterinnen und Richter des Landes mit Wirkung vom 1. April 2026; ausgenommen ist die Entschädigung der Ehrenbeamtinnen und Ehrenbeamten sowie der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter.

§ 2

Erhöhung der Besoldung und der Versorgungsbezüge im Jahr 2026

(1) Um 2,8 Prozent, mindestens jedoch um 100 Euro werden mit Wirkung vom 1. April 2026 erhöht

1. die Grundgehaltssätze nach den Anlagen 5 und 16 des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes (NBesG) vom 20. Dezember 2016 (Nds. GVBl. S. 308; 2017 S. 64), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 3. März 2026 (Nds. GVBl. 2026 Nr. 17),
2. die Ober- und Untergrenzen der Grundgehaltsspannen des Auslandszuschlags nach Anlage 14 NBesG,
3. die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze)
 - a) in den fortgeltenden Besoldungsordnungen und Besoldungsgruppen der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer,
 - b) in den Regelungen über künftig wegfallende Ämter,
4. die Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt sowie festgesetzte Sondergrundgehälter und Zuschüsse nach fortgeltenden Besoldungsordnungen der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer.

(2) Um 2,8 Prozent werden mit Wirkung vom 1. April 2026 erhöht

1. der Familienzuschlag mit Ausnahme der Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 5 bis A9, Laufbahngruppe 1 nach Anlage 7 NBesG,
2. die Amtszulagen nach Anlage 8 NBesG,
3. die allgemeine Stellenzulage nach Anlage 10 NBesG,
4. die Beträge der Mehrarbeitsvergütung nach Anlage 13 NBesG,

5. die in festen Beträgen ausgewiesenen Zuschüsse zum Grundgehalt nach den Nummern 1 und 2 und die allgemeine Stellenzulage nach Nummer 2 b der Vorbemerkungen der Anlage II des Bundesbesoldungsgesetzes in der bis zum 22. Februar 2002 geltenden Fassung vom 3. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3434), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 20. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3926),
6. der Unfallausgleich nach § 39 des Niedersächsischen Beamtenversorgungsgesetzes (NBeamtVG) in der Fassung vom 2. April 2013 (Nds. GVBl. S. 73), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 29. Januar 2025 (Nds. GVBl. 2025 Nr. 3),
7. die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern zustehenden Zuschläge nach den §§ 58 bis 61 des NBeamtVG in der Fassung vom 2. April 2013 (Nds. GVBl. S. 73), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 29. Januar 2025 (Nds. GVBl. 2025 Nr. 3),
8. die für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger maßgeblichen Überleitungszulagen nach Artikel 14 § 1 Abs. 1 des Reformgesetzes vom 24. Februar 1997 (BGBl. I S. 322), geändert durch Artikel 17 des Gesetzes vom 19. Februar 2006 (BGBl. I S. 334),
9. die für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger maßgeblichen Bemessungsgrundlagen der Zulagen, Aufwandsentschädigungen und anderen Bezüge nach Artikel 14 § 5 des Reformgesetzes,
10. die für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger maßgeblichen Ausgleichszulagen nach § 13 des Bundesbesoldungsgesetzes in der bis zum 31. August 2006 geltenden Fassung vom 6. August 2002 (BGBl. I S. 3020), zuletzt geändert durch Artikel 3 Abs. 4 des Gesetzes vom 12. Juli 2006 (BGBl. I S. 1466),
11. die für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger maßgeblichen Amtszulagen nach § 42 des Bundesbesoldungsgesetzes in der in Nummer 10 genannten Fassung,
12. die für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger maßgeblichen Stellenzulagen nach Nummer 27 der Vorbemerkungen der Anlage I des Bundesbesoldungsgesetzes in der in Nummer 10 genannten Fassung und nach Nummer 6 der Anlage 1 des NBesG in der bis zum 31. Dezember 2016 geltenden Fassung vom 7. November 2008 (Nds. GVBl. S. 334), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 17. Dezember 2015 (Nds. GVBl. S. 423), und
13. die für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger maßgeblichen Ausgleichszulagen nach Nummer 3 der Vorbemerkungen der Anlage 1 des NBesG in der in Nummer 12 genannten Fassung.

(3) Um 60 Euro werden mit Wirkung vom 1. April 2026 die Anwärtergrundbeträge nach Anlage 15 NBesG erhöht.

(4) ¹Die Erhöhung nach Absatz 1 Nrn. 1 bis 4 gilt entsprechend für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger, deren Versorgungsbezügen eine Grundvergütung zugrunde liegt. ²Satz 1 gilt für Empfängerinnen und Empfänger von Versorgungsbezügen der weggefallenen Besoldungsgruppen A 1 bis A 4 entsprechend. ³Versorgungsbezüge, deren Berechnung ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz in der bis zum 30. Juni 1997 geltenden Fassung nicht zugrunde liegt, werden ab 1. April 2026 um 2,7 Prozent erhöht, wenn der Versorgungsfall vor dem 1. Juli 1997 eingetreten ist. ⁴Satz 3 gilt entsprechend für

1. Hinterbliebene von vor dem 1. Juli 1997 vorhandenen Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern und
2. Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind.

⁵Bei Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt der Besoldungsgruppe A 1 bis A 8 zugrunde liegt, vermindert sich das Grundgehalt um 77,14 Euro, wenn ihren ruhegehaltfähigen Dienstbezügen die Stellenzulage nach Nummer 27

Abs. 1 Buchst. a oder b der Vorbemerkungen der Anlage I zum Bundesbesoldungsgesetz in der bis zum 30. Juni 1997 geltenden Fassung bei Eintritt in den Ruhestand nicht zugrunde gelegen hat.

Artikel 2

Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes

Das Niedersächsische Besoldungsgesetz vom 20. Dezember 2016 (Nds. GVBl. S. 308; 2017 S. 64), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 3. März 2026 (Nds. GVBl. 2026 Nr. 17), wird wie folgt geändert:

Die Anlagen 5, 7, 8, 10, 13, 14, 15, 16 und 17 erhalten folgende Fassung:

„[hier sind die neuen Besoldungstabellen der Anlagen 5, 7, 8, 10, 13, 14, 15, 16 und 17 – Gültig ab: 1. April 2026 – einzufügen].“

Artikel 3

Änderung des Niedersächsischen Beamtenversorgungsgesetzes

Das Niedersächsische Beamtenversorgungsgesetz in der Fassung vom 2. April 2013 (Nds. GVBl. S. 73), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 29. Januar 2025 (Nds. GVBl. 2025 Nr. 3), wird wie folgt geändert:

- Die Anlage 1 (zu § 39) erhält folgende Fassung:

„Anlage 1
(zu § 39)

Gültig ab 1. April 2026

Höhe des Unfallausgleichs nach § 39

Der Unfallausgleich beträgt bei einem Grad der Schädigungsfolgen von:

30	194 Euro
40	264 Euro
50	393 Euro
60	490 Euro
70	672 Euro
80	803 Euro
90	965 Euro
100	1.072 Euro“.

- Die Anlage 2 (zu den §§ 58 bis 61) erhält folgende Fassung:

„Anlage 2
(zu den §§ 58 bis 61)

Gültig ab 1. April 2026

Höhe der Zuschläge nach den §§ 58 bis 61

(1) Der Kindererziehungszuschlag nach § 58 Abs. 1 beträgt für jeden Monat der Kindererziehungszeit 3,36 Euro.

(2) Der Kindererziehungsergänzungszuschlag nach § 58 Abs. 5 beträgt für jeden angefangenen Monat, in dem die darin genannten Voraussetzungen erfüllt werden:

1. im Fall des § 58 Abs. 5 Nr. 1 Buchst. a 1,13 Euro,
2. im Fall des § 58 Abs. 5 Nr. 1 Buchst. b 0,85 Euro.

(3) Der Kinderzuschlag nach § 59 beträgt für die ersten 36 Monate der Kindererziehungszeit je Monat 2,25 Euro, für weitere Monate 1,13 Euro.

(4) ¹Der Pflegezuschlag nach § 60 Abs. 1 beträgt für jeden Kalendermonat der nicht erwerbsmäßigen Pflege einer pflegebedürftigen Person

1. des Pflegegrades 5 nach § 15 Abs. 3 Satz 4 Nr. 5 des Elften Buchs des Sozialgesetzbuchs (SGB XI), wenn die pflegebedürftige Person
 - a) ausschließlich Pflegegeld nach § 37 SGB XI bezieht: 3,36 Euro,
 - b) Kombinationsleistungen nach § 38 SGB XI bezieht: 2,85 Euro,
 - c) ausschließlich Pflegesachleistungen nach § 36 SGB XI bezieht: 2,36 Euro,
2. des Pflegegrades 4 nach § 15 Abs. 3 Satz 4 Nr. 4 SGB XI, wenn die pflegebedürftige Person
 - a) ausschließlich Pflegegeld nach § 37 SGB XI bezieht: 2,36 Euro,
 - b) Kombinationsleistungen nach § 38 SGB XI bezieht: 2,05 Euro,
 - c) ausschließlich Pflegesachleistungen nach § 36 SGB XI bezieht: 1,64 Euro,
3. des Pflegegrades 3 nach § 15 Abs. 3 Satz 4 Nr. 3 SGB XI, wenn die pflegebedürftige Person
 - a) ausschließlich Pflegegeld nach § 37 SGB XI bezieht: 1,46 Euro,
 - b) Kombinationsleistungen nach § 38 SGB XI bezieht: 1,22 Euro,
 - c) ausschließlich Pflegesachleistungen nach § 36 SGB XI bezieht: 1,02 Euro,
4. des Pflegegrades 2 nach § 15 Abs. 3 Satz 4 Nr. 2 SGB XI, wenn die pflegebedürftige Person
 - a) ausschließlich Pflegegeld nach § 37 SGB XI bezieht: 0,90 Euro,
 - b) Kombinationsleistungen nach § 38 SGB XI bezieht: 0,77 Euro,
 - c) ausschließlich Pflegesachleistungen nach § 36 SGB XI bezieht: 0,65 Euro.

²Üben mehrere nicht erwerbsmäßig tätige Pflegepersonen die Pflege gemeinsam aus (Mehrfachpflege), so sind die Beträge entsprechend dem nach § 44 Abs. 1 Satz 3 SGB XI festgestellten anteiligen Umfang der jeweiligen Pflegetätigkeit im Verhältnis zum Gesamtaufwand je pflegebedürftige Person aufzuteilen. ³Werden mehrere pflegebedürftige Personen gepflegt, so ergibt sich die Höhe des Pflegezuschlags jeweils nach den Sätzen 1 und 2, wobei der Pflegezuschlag je Kalendermonat den Betrag nach Absatz 1 nicht übersteigen darf.

(5) Der Kinderpflegeergänzungszuschlag nach § 60 Abs. 3 beträgt für jeden Kalendermonat der nicht erwerbsmäßigen Pflege die Hälfte der in Absatz 4 genannten Beträge, höchstens jedoch 1,13 Euro.“

Artikel 4

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. April 2026 in Kraft.

Begründung

1. Anlass und Ziel des Gesetzes

Die Dienst- und Versorgungsbezüge sind zuletzt mit Wirkung vom 1. Februar 2025 durch das Gesetz über die Anpassung der Besoldung und der Versorgungsbezüge in den Jahren 2024 und 2025 sowie zur Änderung besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften vom 25. September 2024 (Nds. GVBl. 2024, Nr. 83) erhöht worden.

Die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) und die Gewerkschaften haben am 14. Februar 2026 eine Einigung erzielt und sich darauf verständigt, die Entgelte der Beschäftigten in drei Schritten zu erhöhen: Zum 1. April 2026 werden die Tabellenentgelte um 2,8 Prozent, mindestens jedoch um 100 Euro angehoben, zum 1. März 2027 erfolgt dann eine weitere Anhebung aller Entgeltbestandteile um 2,0 Prozent und zum 1. Januar 2028 um 1,0 Prozent. Die Ausbildungsentgelte erhöhen sich zum 1. April 2026 und zum 1. März 2027 um jeweils 60 Euro und zum 1. Januar 2028 um weitere 30 Euro.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf soll der erste Schritt der Erhöhung der Tabellenentgelte der jüngst vereinbarten Tarifeinigung für die Beschäftigten der Länder systemgerecht auf die Beamtenschaft übertragen werden. Es ist vorgesehen, zum 1. April 2026 die Grundgehälter um 2,8 Prozent, mindestens jedoch um 100 Euro zu erhöhen sowie die weiteren dynamischen Besoldungs- und Versorgungsbestandteile um linear 2,8 Prozent.

Abweichend davon sollen die Anwärtergrundbeträge zum 1. April 2026 um einen Festbetrag von 60 Euro erhöht werden.

Die Übertragung der Erhöhungsschritte zum 1. März 2027 und zum 1. Januar 2028 bleiben einem weiteren Gesetzesvorhaben vorbehalten. Im Rahmen dieses zukünftigen Gesetzesvorhabens wird auch die Einhaltung der Maßstäbe für eine verfassungsgemäße Alimentation, die das Bundesverfassungsgericht in seiner jüngsten Entscheidung (Beschluss vom 17. September 2025 – 2 BvL 5/18 u.a. -, veröffentlicht am 19. November 2025) aufgestellt hat, zu prüfen sein.

2. Haushaltsmäßige Auswirkungen

Für das Haushaltsjahr 2026 beträgt die haushaltswirtschaftliche Belastung des Landes inklusive der Landesbetriebe und Stiftungen aus der Anpassung der Bezüge rund 270 Millionen Euro. Für die Folgejahre beträgt die haushaltswirtschaftliche Belastung rund 360 Millionen Euro.

Für den Bereich der kommunalen Dienstherren und der sonstigen Dienstherren entstehen entsprechende Mehrausgaben, deren Höhe von den jeweils beschäftigten Beamtinnen und Beamten abhängt.

3. Auswirkungen auf die Umwelt, den ländlichen Raum und die Landesentwicklung

Auswirkungen auf die Umwelt, den ländlichen Raum und die Landesentwicklung sind nicht erkennbar.

4. Auswirkungen auf die Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern

Auswirkungen auf die Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern sind nicht erkennbar.

5. Auswirkungen auf Familien

Auswirkungen auf Familien sind nicht erkennbar.

6. Auswirkungen auf Menschen mit Behinderungen

Auswirkungen auf Menschen mit Behinderungen sind nicht erkennbar.

7. Ergebnis des Digitalchecks nach § 9 Abs. 1 Satz 2 Nr. 7 der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Landesregierung und der Ministerien in Niedersachsen

Ein Digitalcheck ist nicht erforderlich, da mit dem Gesetzentwurf lediglich bestehende Verfahren ergänzt werden, für die ausschließlich bereits vorhandene Verfahrensabläufe anzupassen sind.

Für die Fraktion der SPD

Wiard Siebels

Parlamentarischer Geschäftsführer

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Volker Bajus

Parlamentarischer Geschäftsführer

Anlage 5

(zu § 7 Abs. 2, § 25 Abs. 1 sowie den §§ 28 und 33)

Grundgehaltssätze der Besoldungsordnungen A, B, W und R
(Monatsbeträge in Euro)**1. Besoldungsordnung A**

Gültig ab 1. April 2026

Besoldungs- gruppe	Erfahrungszeit je Stufe 2 Jahre				Erfahrungszeit je Stufe 3 Jahre				Erfahrungszeit je Stufe 4 Jahre			
	Erfahrungsstufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 5		2 891,00	2 954,04	3 017,06	3 080,11	3 143,16	3 206,20	3 269,24				
A 6		2 932,36	3 001,57	3 070,77	3 139,98	3 209,22	3 278,44	3 347,66	3 416,86			
A 7		3 026,51	3 113,62	3 200,70	3 287,81	3 374,89	3 462,02	3 524,21	3 586,41	3 648,65		
A 8		3 114,88	3 189,31	3 300,92	3 412,53	3 524,15	3 635,81	3 711,30	3 787,76	3 864,27	3 940,76	
A 9		3 281,97	3 355,18	3 474,31	3 593,44	3 713,72	3 836,20	3 920,35	4 004,88	4 093,20	4 182,22	
A 10		3 492,91	3 594,66	3 749,39	3 906,32	4 066,21	4 232,10	4 342,70	4 453,31	4 563,89	4 674,50	
A 11			3 948,33	4 114,71	4 284,69	4 454,71	4 624,69	4 738,08	4 851,37	4 964,74	5 078,04	5 191,36
A 12				4 424,66	4 627,27	4 829,99	5 032,67	5 167,79	5 302,87	5 438,01	5 573,12	5 708,25
A 13				4 937,05	5 155,93	5 374,78	5 593,61	5 739,55	5 885,46	6 031,37	6 177,28	6 323,19
A 14				5 183,35	5 467,14	5 750,94	6 034,76	6 223,96	6 413,18	6 602,35	6 791,58	6 980,82
A 15						6 297,25	6 609,25	6 858,91	7 108,52	7 358,17	7 607,81	7 857,43
A 16						6 926,84	7 287,70	7 576,43	7 865,15	8 153,86	8 442,53	8 731,23

2. Besoldungsordnung B

Gültig ab 1. April 2026

Besoldungsgruppe	
B 1	7 857,43
B 2	9 096,52
B 3	9 621,06
B 4	10 170,53
B 5	10 800,85
B 6	11 396,07
B 7	11 975,10
B 8	12 578,58
B 9	13 198,62
B 10	15 502,50

3. Besoldungsordnung W

Gültig ab 1. April 2026

Besoldungsgruppe	W 1	W 2	W 3
	5 527,76	7 108,52	7 714,02

4. Besoldungsordnung R

Gültig ab 1. April 2026

Besoldungsgruppe	Erfahrungszeit je Stufe 2 Jahre											
	Erfahrungsstufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
R 1		5 265,87	5 381,08	5 678,29	5 975,49	6 272,74	6 569,94	6 867,18	7 164,36	7 461,62	7 758,81	8 056,02
R 2			6 092,58	6 389,77	6 687,01	6 984,19	7 281,44	7 578,61	7 875,87	8 173,03	8 470,28	8 767,44

R 3	9 621,06
R 4	10 170,53
R 5	10 800,85
R 6	11 396,07
R 7	11 975,10
R 8	12 578,58

Familienzuschlag
(Monatsbeträge)

Gültig ab 1. April 2026

	Stufe 1 (§ 35 Abs. 1)	Stufe 2 (§ 35 Abs. 2)
Besoldungsgruppen A 5 bis A 8	162,26 Euro	307,87 Euro
übrige Besoldungsgruppen	170,36 Euro	315,97 Euro

Bei mehr als einem berücksichtigungsfähigen Kind erhöht sich der Familienzuschlag
für das zweite berücksichtigungsfähige Kind um 145,61 Euro,
für das dritte und jedes weitere berücksichtigungsfähige Kind um 512,37 Euro.

Erhöhungsbetrag für die Laufbahngruppe 1

In der Laufbahngruppe 1 erhöht sich in den Besoldungsgruppen von A 5 bis A 9
der Familienzuschlag in den Stufen 2 und 3 für jedes berücksichtigungsfähige Kind um 100,00 Euro.

Anlage 8

(zu § 37)

Höhe der Amtszulagen

Gültig ab 1. April 2026

Dem Grunde nach geregelt in		Monatsbeträge in Euro
1. Besoldungsordnung A		
Besoldungsgruppe	Fußnote	
A 5	1	49,50
A 5	4, 5	91,27
A 6	5	49,50
A 7	7	50 % des jeweiligen Unterschiedsbetrages zum Grundgehalt der Besoldungsgruppe A 8
A 9	1, 3, 6	368,35
A 13	1, 8, 9	374,32
A 13	6	256,66
A 13	7, 14	213,95
A 13	11	120,75
A 14	2	256,66
A 15	1	256,66
A 16	3	287,00
Künftig wegfallende Ämter		
Besoldungsgruppe	Fußnote	
A 5	1	91,27
A 6	1	49,50
A 9	2	368,35
A 10	1	171,11
A 10	4	167,70
A 13	1, 3	374,32
A 13	4	171,11
A 13	6	256,66
A 14	1	256,66
A 15	2	256,66
2. Besoldungsordnung B		
Besoldungsgruppe	Fußnote	
B 9	1	1 053,40
3. Besoldungsordnung R		
Besoldungsgruppe	Fußnote	
R 1	1 bis 5	283,74
R 2	1 bis 5, 7	283,74
R 3	1 bis 3	283,74

Anlage 10

(zu den §§ 38 und 44 Abs. 2)

Höhe der Allgemeinen Stellenzulage

Gültig ab 1. April 2026

Dem Grunde nach geregelt in	Monatsbeträge in Euro	monatlich anzurechnende Beträge in Euro in den Fällen des § 44 Abs. 2 Satz 2
Anlage 9		
Nummer 1		
Buchstabe a	26,46	0,00
Buchstabe b	103,64	77,17
Nummern 2 bis 4	115,20	115,20

Anlage 13
(zu § 47 Abs. 6)

Mehrarbeitsvergütung

Gültig ab 1. April 2026

Beamtinnen und Beamte der Besoldungsgruppen	Euro je Zeitstunde
A 5 bis A 8	19,06
A 9 bis A 12	26,11
A 13 bis A 16	36,02
Beamtinnen und Beamte im Schuldienst	Euro je Unterrichtsstunde
1. Lehrkräfte mit einer Lehrbefähigung, die den Zugang für das erste Einstiegsamt der Laufbahn der Laufbahngruppe 2 der Fachrichtung Bildung eröffnet, wenn dieses Einstiegsamt der Besoldungsgruppe A 13 zugeordnet ist	41,13
2. sonstige Lehrkräfte mit einer Lehrbefähigung, die den Zugang für das erste Einstiegsamt der Laufbahn der Laufbahngruppe 2 der Fachrichtung Bildung eröffnet	27,95
3. Lehrkräfte mit einer Lehrbefähigung, die den Zugang für das zweite Einstiegsamt der Laufbahn der Laufbahngruppe 2 der Fachrichtung Bildung eröffnet	48,03

Anlage 14
(zu § 56)

Auslandszuschlag
(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. April 2026

Grund- gehalts- spanne	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
bis	2 769,21	3 096,99	3 469,41	3 898,71	4 392,94	4 954,48	5 592,54	6 317,50	7 141,24	8 077,13	9 140,56	10 348,86	11 721,69	13 281,54	ab
2 769,20	3 096,98	3 469,40	3 898,70	4 392,93	4 954,47	5 592,53	6 317,49	7 141,23	8 077,12	9 140,55	10 348,85	11 721,68	13 281,54	13 281,55	

Anlage 15

(zu § 58)

Anwärtergrundbetrag

Gültig ab 1. April 2026

Einstiegsamt	Monatsbeträge in Euro
A 5 bis A 8	1 469,04
A 9 bis A 11	1 529,74
A 12	1 686,91
A 13	1 722,66
A 13 + Zulage nach Nummer 4 der Anlage 9	1 761,92

Grundgehaltssätze für die Besoldungsgruppen C 1 bis C 4
(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. April 2026

Besoldungsgruppe	Erfahrungszeit je Stufe 2 Jahre														
	Erfahrungsstufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1	4 426,39	4 572,33	4 718,18	4 864,10	5 010,05	5 155,93	5 301,84	5 447,73	5 593,61	5 739,55	5 885,46	6 031,37	6 177,28	6 323,19	
C 2	4 435,48	4 668,01	4 900,53	5 133,11	5 365,59	5 598,15	5 830,67	6 063,22	6 295,71	6 528,26	6 760,74	6 993,29	7 225,81	7 458,36	7 690,89
C 3	4 856,84	5 120,15	5 383,44	5 646,74	5 910,02	6 173,34	6 436,57	6 699,87	6 963,17	7 226,46	7 489,72	7 753,00	8 016,29	8 279,58	8 542,87
C 4	6 096,39	6 361,06	6 625,73	6 890,40	7 155,07	7 419,72	7 684,40	7 949,04	8 213,71	8 478,36	8 743,08	9 007,71	9 272,41	9 537,04	9 801,73

Anlage 17
(zu § 68 Abs. 4)

Höhe der Stellenzulagen und Zulagen

Gültig ab 1. April 2026

Dem Grunde nach geregelt in	Monatsbeträge in Euro
Bundesbesoldungsordnung C (in der bis zum 22. Februar 2002 geltenden Fassung)	
Vorbemerkungen	
Nummer 2 b	115,20
Nummer 3	
Die Zulage beträgt für Beamtinnen und Beamte der Besoldungsgruppe(n)	
C 1	181,54
C 2	235,86
C 3 und C 4	292,66
Nummer 5	
Die Zulage beträgt, wenn ein Amt ausgeübt wird	
der Besoldungsgruppe R 1	226,00
der Besoldungsgruppe R 2	252,00
Besoldungsgruppe	Fußnote
C 2	1
	104,32